



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses

Termin Donnerstag, 31.05.2012, 17:00 bis 20:20 Uhr
Ort Rathaus
Großer Sitzungssaal

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Stadt Wülfrath im Zeitraum August 2010 bis Juli 2011 Vorlage: 20-010-2012
5	Städtischer Friedhof: Flächenbedarfs- und Friedhofsentwicklungsplanung, Kündigung und Neuausschreibung des Rahmenpflege- und Bestattungsvertrags Vorlage: 23/60-005-2012
6	Bedarfsplanung Tagesbetreuung für Kinder 2012/2013 Vorlage: 51-005-2012
7	Stadtentwicklungsprogramm der Stadt Wülfrath hier: Förderantragstellung/Fortschreibung Vorlage: III-017-2012
8	Zeittunnel Vorlage: II-009-2012/2
9	Haushaltsplanentwurf 2012: Beratung der Veränderungsanträge zum Haushaltsplan Vorlage: 20-007-2012
10	Rücknahme des pauschalen Kürzungsbeschlusses für die Sachmittelausstattung der Wülfrather Medienwelt Vorlage: 20-013-2012
11	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012 der Stadt Wülfrath Vorlage: 20-009-2012
12	Einführung der Zweitwohnungssteuer Vorlage: 22-003-2012
13	Betriebsabrechnung Abwasser für das Jahr 2010 Vorlage: 22-002-2012
14	Mitteilungen und Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Sträßer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Ausschussvorsitzender Sträßer stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschuss ist beschlussfähig.

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Herr Peetz beantragt, den TOP: „Optimierung der Aufgabenerledigung im städtischen Konzern“ im nichtöffentlichen Teil zu beraten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der angesprochene TOP wird zu TOP 1 des nichtöffentlichen Teils. Entsprechend verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte im öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Teil.

Der Antrag der SPD auf Rücknahme des pauschalen Kürzungsbeschlusses für die Sachmittelausstattung der Wülfrather Medienwelt wird als Tischvorlage 20-013-2012 eingebracht und soll als neuer TOP 10 im Anschluss an den neuen TOP 9 ö „Beratung der Veränderungsanträge zum Haushaltsplan 2012“ beraten werden.

Herr Sträßer stellt die Tagesordnung fest.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Der Ausschussvorsitzende weist die Ausschussmitglieder auf mögliche Ausschließungsgründe nach § 31 Gemeindeordnung hin.

Herr Franke erklärt sich zu TOP 2 des nichtöffentlichen Teils „Weiterführung des Niederbergischen Museums durch den Trägerverein“ für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Fragen seitens der Einwohner werden nicht gestellt.



TOP 4 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Stadt Wülfrath im Zeitraum August 2010 bis Juli 2011
Vorlage: 20-010-2012

Herr Mrstik fragt, ob die Verwaltung die Einschätzungen der GPA teilt und den Handlungsempfehlungen folgen wird.

Herr Ritsche teilt dazu mit, dass die Verwaltung die Einschätzung der GPA grundsätzlich teilt und die Handlungsempfehlungen weitgehend als sinnvoll erachtet. Aufgrund der personellen Situation sei die Verwaltung aber nur eingeschränkt in der Lage, diesen Empfehlungen zu folgen. Entsprechend würden sie priorisiert und pflichtige Aufgaben vor freiwilligen Aufgaben erledigt. So wird mit der geplanten Zentralisierung des Gebäudemanagements ein Einstieg in die KLR erfolgen, eine Ausdehnung auf weitere Verwaltungsbereiche jedoch erst später umgesetzt. Auch plane man in 2013 eine Zentralisierung der Vergabestellen im Hause. Eine evt. Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises scheitere momentan daran, dass der Kreis z.Zt. seine Vergabestellen ebenfalls zentralisiert und vor Abschluss dieser Umstrukturierung keine Zusagen hinsichtlich einer Übernahme dieser Aufgaben für die ka Städte tätigt.

Herr Mielke bittet, der Niederschrift eine Aufstellung zu den Handlungsempfehlungen der GPA beizufügen, aus der ersichtlich ist, welche Empfehlungen sich auf pflichtige bzw. nicht pflichtige Aufgaben beziehen. (wird als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Der Vorsitzende bittet darum, die Handlungsempfehlungen in den jeweiligen Fachausschüssen in einer ihrer nächsten Sitzungen erneut zu diskutieren. Dazu möge die Verwaltung zu jeder Empfehlung schriftlich Stellung nehmen, damit erkennbar wird, wie die Verwaltung dazu steht und - wenn sie akzeptiert wird - unter welchen Voraussetzungen sie bis wann umgesetzt werden sollen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Stadt Wülfrath, soweit er seine Zuständigkeit betrifft, zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung und Unterrichtung des Rates der Stadt weiter.

TOP 5 Städtischer Friedhof: Flächenbedarfs- und Friedhofsentwicklungsplanung, Kündigung und Neuausschreibung des Rahmenpflege- und Bestattungsvertrags
Vorlage: 23/60-005-2012

Herr Effert fragt nach, ob Gespräche mit den verschiedenen Friedhofsträgern hinsichtlich der unterschiedlichen Kostenstrukturen geführt worden seien.

Die Verwaltung kann hierzu in der Sitzung keine abschließende Antwort geben. Sie erklärt zur Niederschrift folgende Antwort:

Herr Biederbeck hat mit den konfessionellen Trägern Kontakt aufgenommen und zu einem gemeinsamen Termin eingeladen, um über eine Vereinheitlichung von Standards zu diskutieren. Es besteht aber leider kein Interesse der konfessionellen Träger Düssel und einem Bestatter mit der Stadt in diese Richtung ein Gespräch zu führen.

Herr Effert erinnert daran, dass seitens der Verwaltung in der Finanzausschusssitzung vor etwa einem halben Jahr zugesagt worden sei, im ersten Halbjahr 2012 ein eigenes Konzept vorzulegen. Deshalb fragt er, warum ein Konzept zur Nutzung des Friedhofes jetzt doch nicht im Hause entwickelt werden könne. Frau Dr. Panke teilt hierzu mit, dass eine entsprechende spezielle fachliche Expertise unbedingt notwendig sei, um Fehler, wie sie in der Vergangenheit gemacht wurden, zu vermeiden. So ist u.a. die Bodenbeschaffenheit des Friedhofes sehr problematisch, wodurch sich u.U. sogar die Notwendigkeit von Umbettungen ergeben könnte.



Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den Flächenbedarf für den städtischen Friedhof 'Alte Ratinger Landstraße' neu zu ermitteln,
- eine Friedhofsentwicklungsplanung durchzuführen,
- die Rahmenpflege des Friedhofs und das Leistungsverzeichnis zu optimieren,
- den derzeitigen Vertrag über Friedhofsunterhaltung, -bewirtschaftung und Bestattungen zum Jahresende zu kündigen und
- Friedhofsrahmenpflege und Bestattungen neu auszuschreiben.

An der Ausschreibung soll sich der Baubetriebshof der Stadt Wülfrath beteiligen.

Mit Flächenbedarfsanalyse, Friedhofsentwicklungsplanung, Leistungsverzeichnis, Neuausschreibung und Vergabevorschlag wird ein Fachplanungsbüro beauftragt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X
Zustimmung	X
Ablehnung	
Enthaltung	

TOP 6 Bedarfsplanung Tagesbetreuung für Kinder 2012/2013

Vorlage: 51-005-2012

Herr Ulbrich fragt nach, ob sich durch die Zusage des Bundes, zinsgünstige Kredite für den U3-Ausbau zur Verfügung zu stellen, finanzielle Erleichterungen für die Stadt ergeben.

Herr Ritsche führt dazu aus, dass aufgrund der momentan insgesamt sehr niedrigen Zinskonditionen hierdurch keine wesentliche Entlastung zu erwarten ist.

Herr v. Hueth weist darauf hin, dass weniger die Investitionsausgaben den Haushalt belasten, als die mit dem U3-Ausbau verbundenen zusätzlichen laufenden Aufwendungen. Dazu verweist er nochmals darauf, dass auch das Land durch die Beitragsbefreiung der Eltern für das dritte Kindergartenjahr und die unzureichende Erstattung eine weitere Lücke im städtischen Haushalt verursacht habe; auch hier warte die Stadt noch auf eine Nachzahlung.

Beschluss:

Die vorgelegte Fortschreibung der Bedarfsplanung Tagesbetreuung für Kinder für das Kindergartenjahr 2012 / 2013 wird beschlossen. Die skizzierten Umbau- und Anpassungsmaßnahmen werden weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	
Zustimmung	X
Ablehnung	2
Enthaltung	

TOP 7 Stadtentwicklungsprogramm der Stadt Wülfrath

hier: Förderantragstellung/Fortschreibung

Vorlage: III-017-2012

Frau Singh versichert Herrn Switalski auf Nachfrage, dass das interne Controlling durch das neue Baubüro, dessen Bauleiter täglich vor Ort sei sowie Herrn Klatte auf Seiten der Verwaltung sichergestellt sei.



Herr Dr. Homberg bittet darum, sicher zu stellen, dass die verbauten Natursteine aus einem zertifizierten Betrieb stammen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss stimmt zu, für folgende Maßnahmen den Förderantrag Programmjahr 2012 zu konkretisieren:
 - M 1.1b+c Am Diek
 - M 1.7 Aufwertung Schwanenstraße
 - M 7.1-7.3 Geschäftsflächenmanagement, Betreiberkonzepte, Zwischennutzung
 - M 7.4 Citymanagement (Fortführung)
 - M 7.5 Verfügungsfonds

2. Weiterhin stimmt der Ausschuss zu, folgende Maßnahmen in den Einplanungsantrag für das Programmjahr 2013 aufzunehmen:
 - M 0.3 Rahmenplan Bahnhofsareal
 - M 3.1 Anbindung Stadtpark
 - M 5.1 Lichtkonzept (2.Teil)
 - M 5.2 Fassadenprogramm (2.Teil)
 - M 7.4 Citymanagement (Fortführung)
 - M 7.5 Verfügungsfonds

Die notwendigen Vorbereitungen zur Umsetzung sind in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X
Zustimmung	X
Ablehnung	
Enthaltung	

TOP 8 Zeittunnel
Vorlage: II-009-2012/2

Herr Switalski vermisst die Angabe zu den Kosten des Konzeptes. Herr Ritsche teilt hierzu mit, dass 10.000 € hierfür bereitgestellt werden müssen. Ein entsprechender Veränderungsantrag wird für den Rat vorbereitet.

Herr Dr. Homberg fragt nach, wie sich die Entlastung des Haushaltes darstelle, wenn Personal weiterhin beschäftigt werden müsse und Zuschüsse nebst Zinsen zurückzuzahlen seien. Herr Ritsche führt hierzu aus, dass zwar voraussichtlich kein Personal entlassen werde, aber anderweitig eingesetzt werden könne. Hinsichtlich der Zinsen würde bereits in 2012 und 2013 Vorsorge getroffen und entsprechende Rückstellungen gebildet, so dass diese in 2014 nicht ergebniswirksam sind. Auch sei die Rückzahlung der Landeszuweisung nur im Finanzplan zu veranschlagen. Die Schließung des Zeittunnels würde damit effektiv ab 2014 zu einer Entlastung des Ergebnishaushaltes um rd. 110.000 € führen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenspiel mit dem Kreis Mettmann und dem Landschaftsverband Rheinland unter Einbindung weiterer potentieller Betriebskostenträger ein zukunftsfähiges Konzept Zeittunnel unter externer Begleitung aufzustellen.



Abstimmungsergebnis

Einstimmig	
Zustimmung	X
Ablehnung	
Enthaltung	3

TOP 9 Haushaltsplanentwurf 2012: Beratung der Veränderungsanträge zum Haushaltsplan Vorlage: 20-007-2012

Der Ausschuss spricht offensichtliche Mängel im Ausweis der Stellenanteile der Teilprodukte, die nicht mit dem Stellenplan übereinstimmen sowie den Erläuterungen zu den Personalaufwendungen an.

Frau Dr. Panke erklärt, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Darstellung der Personalanteile im Haushalt zukünftig anders zu gestalten und bittet darum, die Beratung zum Thema Personal im hierfür zuständigen Hauptausschuss zu führen.

Haushaltsplan:

Allgemein wurde der fehlerhafte Ausweis der allgemeinen Kennzahlen (Gesamtaufwand/Einw., Personalaufwand/Einw.) bemängelt.

Produkt 0106

Eine Reduzierung der Mieterträge durch den evt. Auszug der ARGE wurde nicht einkalkuliert, da eine Vertragsbeendigung derzeit nicht terminiert ist und eine Anschlussvermietung möglich erscheint.

Produkt 0112:

Die Versorgungsaufwendungen schwanken erheblich zwischen dem (vorläufigen) Ist 2010, dem Ansatz 2011 und den Ansätzen 2012 ff.

Die bei Planaufstellung 2011 vorliegenden vorläufigen Ergebnisse (2006: 678 T€, 2007: 515 T€, 2008: 690 T€, 2009: 788 T€) ließen einen Ansatz von 753 T€ plausibel erscheinen. Ab 2012 erfolgt die Kalkulation der Versorgungsaufwendungen auf Basis des Gutachtens der RVK.

Produkt 0113

Genauere Aufgliederung der in Zeile 13 veranschlagten Mittel in Höhe von 77.000 €

- Kosten EDV-Administration durch H+H 26.000 €
- Kosten der Rechtsvertretung im Klageverfahren Derivate 50.000 €
- Kosten der Steuerberatung 1.000 €

Produkt 0114

Die Zahl der durchgeführten Mahnverfahren blieb aufgrund der Langzeiterkrankung einer Mitarbeiterin der Kasse hinter den geplanten Verfahren zurück.

Insgesamt beträgt die Zahl der offenen Forderungen (Stichtag 31.5.) 15.849 bei einem Gesamtforderungsbetrag von rd. 3 Mio. €

Haushaltssicherungskonzept:

Herr Peetz bemängelt, dass lediglich das HauSiKo V Grundlage für den Haushalt 2012 sein soll, obwohl einige der im HauSiKo IV enthaltenen Maßnahmen noch nicht abgeschlossen seien. Herr Ritsche versichert, dass die noch offenen Punkte des HauSiKo IV (Personalaufwand) ins HauSiKo V übernommen werden.

Maßnahme 1010:

Herr Mielke bittet zu prüfen, warum in 2012 geringere Erträge erwartet werden als in 2011. Die aktuelle Hochrechnung der in 2012 zu erwartenden Erträge auf der Basis des Ergebnisses



2011 lässt für 2012 ein um rd. 50.000 € geringeres Ergebnis erwarten. Die Hintergründe hierfür müssen noch näher beleuchtet werden. Laut Verwaltung ist aufgrund der momentanen personellen Situation im Steueramt nicht auszuschließen, dass noch keine 100%-ige Veranlagung erfolgt ist.

Maßnahme 1011:

Herr Peetz fragt nach, warum die Einsparungserwartung so drastisch nach unten korrigiert werden muss.

Herr Ritsche sagt eine Überprüfung der ursprünglichen Berechnung zu.

Lt. Verwaltung sind bei der Berechnung des möglichen Konsolidierungsbeitrages nicht nur die Zinseinsparungen der Investitionskredite sondern auch die Zinseinsparungen der fällig werdenden längerfristigen Kassenkredite angegeben worden. Die angestrebte Einsparung als solche konnte aufgrund der günstigen Konditionen auch erreicht werden, aber eben nicht allein im Bereich der Investitionskredite.

Maßnahme 1103:

Herr Switalski bittet darum zu prüfen, ob die Einführung einer Zweitwohnungssteuer betriebswirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist. Herr Ritsche will hierzu zunächst die Erfahrungen der Stadt Velbert, die zum 1.1.2012 die Zweitwohnungssteuer eingeführt hat, abwarten.

Herr Mrstik bittet darum, die Tabelle auf Seite 14 des Haushaltsplanentwurfes (Entwicklung der Personalaufwendungen) für den Hauptausschuss zu überarbeiten.

Herr Sträßer stellt abschließend fest, dass die Teilhaushalte und das um die fehlenden Maßnahmen ergänzte HauSiKo V zur endgültigen Beschlussfassung an den Rat der Stadt Wülfrath verwiesen werden.

TOP 10 Rücknahme des pauschalen Kürzungsbeschlusses für die Sachmittelausstattung der Wülfrather Medienwelt
Vorlage: 20-013-2012

Herr Sträßer stellt fest, dass nur Punkt 2 des Antrages der SPD-Fraktion im Finanzausschuss zu beraten sei.

Der Ausschuss nimmt die Erläuterung der Verwaltung zu diesem Punkt zur Kenntnis. Die SPD-Fraktion zieht daraufhin ihren Antrag zu Punkt 2 zurück. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag zu Punkt 1 zur Beratung im Hauptausschuss vorgesehen ist.

TOP 11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012 der Stadt Wülfrath
Vorlage: 20-009-2012

Herr Sträßer stellt abschließend fest, dass die Haushaltssatzung zur endgültigen Beschlussfassung an den Rat der Stadt Wülfrath verwiesen wird.

TOP 12 Einführung der Zweitwohnungssteuer
Vorlage: 22-003-2012

Es erfolgt - anknüpfend an die bereits im Rahmen des TOP 9 begonnene Diskussion - ein kurzer Meinungsaustausch im Ausschuss. Dabei bestehen durchgehend Zweifel ob unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Einführung der Zweitwohnungssteuer sinnvoll ist. Derzeit spreche mehr dagegen als dafür. Deshalb sollen zunächst die Erfahrungen der Stadt Velbert ausgewertet werden. Die Verwaltung wird dann prüfen, ob sie eine erneute Vorlage für



sinnvoll erachtet.

TOP 13 Betriebsabrechnung Abwasser für das Jahr 2010
Vorlage: 22-002-2012

Die Vorlage wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Darstellung entspricht dem Informationsbedürfnis des Ausschusses.

TOP 14 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen:

Herr Ritsche teilt mit, dass

- die Betriebskostenabrechnungen 2007 bis 2009 des Rettungsdienstes jetzt vorliegen und dem Fachausschuss zugeleitet werden.
- die Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II von der Bezirksregierung alle auf den Status „abgeschlossen“ gesetzt wurden, d.h. eine erste Prüfung durch die Bez.-Reg. ohne Beanstandung durchlaufen haben.
- die Umsatzbesteuerung bei interkommunaler Kooperation vorerst für nicht anwendbar erklärt wurde.

Anfragen:

Herr Mrstik fragt, wie die Verwaltung mit Liquiditätskrediten umgeht und ob eine längerfristige Zinsbindung vorteilhaft wäre. Herr Ritsche führt hierzu aus, dass die Konditionen für Kassenkredite derzeit im kurzfristigen Bereich auf einem historisch niedrigen Wert liegen, so dass eine längerfristige Zinsbindung momentan nicht vorteilhaft erscheint.

Herr Peetz fragt nach dem Stand des Rechtsstreits mit der Commerzbank in Sachen Derivategeschäfte. Herr Ritsche teilt hierzu mit, dass zwischenzeitlich ein Austausch der jeweiligen Stellungnahmen erfolgt und die Terminierung der ersten gerichtlichen Anhörung weiterhin für Ende Oktober geplant sei.



anwesend

Ratsmitglied

Herr Axel Effert
Herr Heinz Franke
Herr Dr. Frank Homberg
Herr Claus Leifeld
Herr Ralph Mielke
Herr Stephan Mrstik
Herr Wolfgang Peetz
Herr Wolfgang Preuß
Herr Herbert Romund
Herr Martin Sträßer
Herr Udo Switalski
Herr Hans-Juergen Ulbrich

Verwaltungsmitarbeiter/in

Frau Walburga Renne

Schriftführer/in

Frau Doris Abel

Verwaltung

Herr Rainer Ritsche
Frau Christiane Singh
Herr Hans-Werner van Hueth

Wülfrath, den 14. Juni 2012

(Martin Sträßer)
Ausschussvorsitzende/er

(Doris Abel)
Schriftführer/in

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.